



Nur ein Drittel des Meeresreservats ist laut Aufsichtsbehörde streng geschützt.

Bild: SN

Kohle gewinnt gegen Barrier-Riff

Vorrang. Australien will den Abbau des Klimakillers Nummer eins massiv fördern. Ein riesiger Hafen ist geplant – vor dem Great Barrier Reef.

ELIO STAMM

CANBERRA (SN). Das Great Barrier Reef, Korallenparadies in der Größe Deutschlands, Weltnaturerbe und Touristenmagnet an der australischen Ostküste, hat schwere Zeiten hinter sich. Forscher gehen davon aus, dass das Riff in den vergangenen 30 Jahren mehr als die Hälfte seiner Korallen verloren hat. Der Klimawandel ist schuld. Die sensiblen Nesseltiere, die für die Bildung der Korallen verantwortlich sind, kommen nur schlecht mit der stetig steigenden Temperatur des Meerwassers und dessen zunehmendem Säuregehalt zurecht.

Nun droht dem angeschlagenen Riff der nächste Schlag. Die Aufsichtsbehörde über den Meerespark Great Barrier Reef hat als letzte Instanz dem Bau eines riesigen Kohlehafens in Abbot Point grünes Licht gegeben. Der Hafen liegt unweit der Stadt Bowen, vor der sich das Great Barrier Reef erstreckt. Laut Behörde ist nur ein Drittel des Meeresreservats streng geschützt. Die übrige Fläche dürfe für andere Zwecke verwendet werden.

Abbot Point soll zum größten Kohlehafen der Welt werden, so die Pläne der Betreiber. Damit die Kohlefrachter anlegen können, müssen drei Millionen Kubikmeter Schlamm vom Meeresboden abgetragen werden. Die Sedimente sollen laut Behörde 25 Kilometer vor der Küste versenkt werden, auf halbem Weg zum Riff. „Der Boden im Ablagegebiet besteht aus Sand, Schlamm und Lehm und verfügt über keinerlei Korallen“, betonte Russell Reichert, Chef der Aufsichtsbehörde. Auch Umweltminister Bruce Elliot versicherte, durch strenge Auflagen sei der Schutz der Natur garantiert. Zu den insgesamt 47 Punkten, welche die Betreiber einhalten müssen, zählt etwa, dass der Schlamm nur in einem sehr begrenzten, von der Behörde festgelegten Zeitfenster abgeladen

werden darf. Umweltschützer trauen diesen Aussagen nicht. Sie verweisen auf die herrschenden starken Strömungen, durch die mit Schwermetallen versetzte Sedimente aus dem Ablagerungsschlamm hinaus aufs Riff getragen werden könnten.

Die mehr als 400 Korallen- sowie 1600 Fischarten sind aber nur in klarem Meerwasser lebensfähig. Unterstützung erhalten die Umweltschützer von der Wissenschaft. Über 300 Forscher aus aller Welt haben eine Petition an die Nationalparkverwaltung unterzeichnet, weil sie eine Schädigung des Great Barrier Reef befürchten.

Auch die Tourismusindustrie



ELIO STAMM
berichtet für die SN
aus Australien

ist alarmiert und hat rechtliche Schritte angekündigt. Die Parkverwaltung mache sich zum Gehilfen der Politik, kritisierte Colin McKenzie vom Verband der Tourismusunternehmer am Great Barrier Reef. Andere verweisen darauf, dass das Riff den 1981 erteilten Status als Weltnaturerbe verlieren könnte. Das UNESCO-Welterbekomitee berät im Sommer über eine Einstufung des Riffs als bedrohtes Naturerbe, hat dies aber schon vor dem Hafententscheid angekündigt.

Dass wirtschaftliche Interessen über umweltwissenschaftliche Bedenken gesiegt haben, streiten nicht einmal die Verantwortlichen ab. Die Aufsichtsbehörde des Meeresparks hatte den investierenden Unternehmen erst geraten, nach Alternativstandorten zu suchen. Involviert sind zwei indische Firmen sowie die australische Minen-Milliardärin Gina Rinehart. Diese drei Unternehmen betreiben im Galilee-Becken im Bundesstaat Queensland riesi-

ge Minen, aus denen sie Kohle im Gesamtwert von zehn Milliarden Euro abtragen und über den Abbot-Hafen exportieren. Mit der Erweiterung des Hafens soll Kohle im Wert von zusätzlichen 18 Milliarden Euro auf den Markt gebracht werden.

Zum Vergleich: Die Tourismusindustrie am Riff setzt jährlich vier Milliarden Euro um. Die Handelskammer im nahe gelegenen Bowen nahm den Entscheid jedenfalls positiv auf. „Es kann nur aufwärtsgehen mit dieser Stadt“, sagte der Vorsitzende Bruce Heddich.

Kohlekraftwerke zählen zu den größten Klimakillern. Sie blasen bis zu einem Kilogramm Kohlendioxid in die Luft, um eine Kilowattstunde Strom zu erzeugen. Erdgas liegt bei weniger als der Hälfte. Der durchschnittliche Jahresverbrauch eines österreichischen Haushalts beträgt 4200 Kilowattstunden.

Der Entscheid zur Hafenerweiterung passt letztlich nahtlos in die Umweltpolitik, welche die australische Regierung seit dem Machtwechsel von Labour zum konservativ-liberalen Premier Tony Abbott im September 2013 betreibt. Dass Abbots Name fast identisch ist mit dem des Corpus Delicti (Abbot Point), kann bei Naturschützern angesichts der langen Liste von Umweltsünden des Premiers wohl nicht einmal mehr Galgenhumor hervorrufen. Abbots Regierung hat die Klimakommission abgeschafft, die Sondersteuer für Rohstoffproduzenten ausgesetzt und will als Nächstes die CO₂-Steuer kippen.

Viele Beobachter fragen sich unterdessen, weshalb Abbott die Wirtschaft auf Kosten der Umwelt dermaßen rücksichtslos anzukurbeln versucht. Australien steht ökonomisch hervorragend da, auch wenn die den Export dominierende Rohstoffindustrie unter sinkenden Preisen leidet. Die Wirtschaft Down Under ist 2013 das 23. Jahr in Folge gewachsen.

Es herrscht Schweigen

Minister Andrä Rupprechter (ÖVP), zuständig für Landwirtschaft und Umwelt, meldete sich mit einem Bekenntnis zur erneuerbaren Energie pflichtschuldigst zu Wort.

Das war's aber dann. Lähmendes Schweigen von Kanzler und Vizekanzler. Schweigen auch aus den Partezentralen, ansonsten geschwät-



Aus Strickers
Klimablog
MARTIN STRICKER

zig wie die Elstern.

Es schwieg der Wirtschaftsminister ebenso wie das Verkehrsministerium.

Die Handelskammer blieb stumm, auch die Arbeiterkammer. Niemand hatte etwas zu sagen. Ging ja auch nur um unsere Zukunft: die Diagnose der internationalen Wissenschaft zum Klimawandel, zusammengefasst im neuen Weltklimabericht. Aber was brauch ma des.

www.salzburg.com/stricker

Behörde darf teure Öko-Autos kaufen

BERLIN (SN, dpa). Die Behörden in Sachsen-Anhalt können ab sofort auch teure Öko-Autos als Dienstwagen kaufen. Für Fahrzeuge mit alternativem Antrieb wie Strom oder Gas darf bis zu 50 Prozent mehr als für herkömmliche Fahrzeuge ausgegeben werden, wie der Sprecher des Finanzministeriums, Wolfgang Borchert, am Donnerstag mitteilte. Der Landesrechnungshof kritisierte die neue Regelung. Sie gilt für alle Landfahrzeuge – von Botenfahrzeugen bis hin zu den Limousinen der Minister.

Weniger Klimagase aus den USA

WASHINGTON (SN, AFP). Der Ausstoß von Treibhausgasen ist in den USA im Jahr 2012 um 3,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Grund ist laut Umweltbehörde die Verringerung des CO₂-Ausstoßes in allen Wirtschaftszweigen sowie der zunehmende Einsatz von Erdgas anstelle von Kohle bei der Stromerzeugung. Von 2005 bis 2012 sanken die Emissionen um zehn Prozent.

Italien entdeckt die Effizienz – bei der Energie

ROM (SN, APA). Bei ihren Bemühungen um Wachstum will die Regierung in Rom die Energieeffizienz fördern. 800 Millionen Euro sollen investiert werden. Ziel ist, bis 2020 Italiens Energiekonsum zu reduzieren. Italien müsse weniger und besser Energie verbrauchen, betonte Industrieministerin Federica Guidi.